



volkshilfe.

SOZIALBAROMETER ARMUT

**UMFRAGE:
MEHRHEIT HAT ANGST VOR DER ZUKUNFT.**

Zukunft 2023

Soziodemographische Daten



Befragt wurden
Personen ab 15 Jahren
Zeitraum: 3.8.2023 –
29.08.2023

Die Daten wurden gewichtet nach Alter, Geschlecht, Region, Wohnortgröße, Bildung, Personen im Haushalt und Berufstätigkeit. Somit entstehen aus diesen Daten repräsentative Aussagen über die österreichische Bevölkerung.

Die maximale Schwankungsbreite für die dargestellten Ergebnisse liegt bei +/- 3,1%.



Einleitung

Die Volkshilfe entwickelt ihre sozialpolitischen Konzepte und Forderungen auf der Basis interner und externer Forschungsergebnisse, aus den Erfahrungen der täglichen Arbeit mit Betroffenen und aus ihrem Sozialbarometer.

Dabei werden regelmäßig repräsentative, österreichweite Befragungen durchgeführt, um genaue Informationen über die soziale Lage der Bevölkerung zu erhalten.

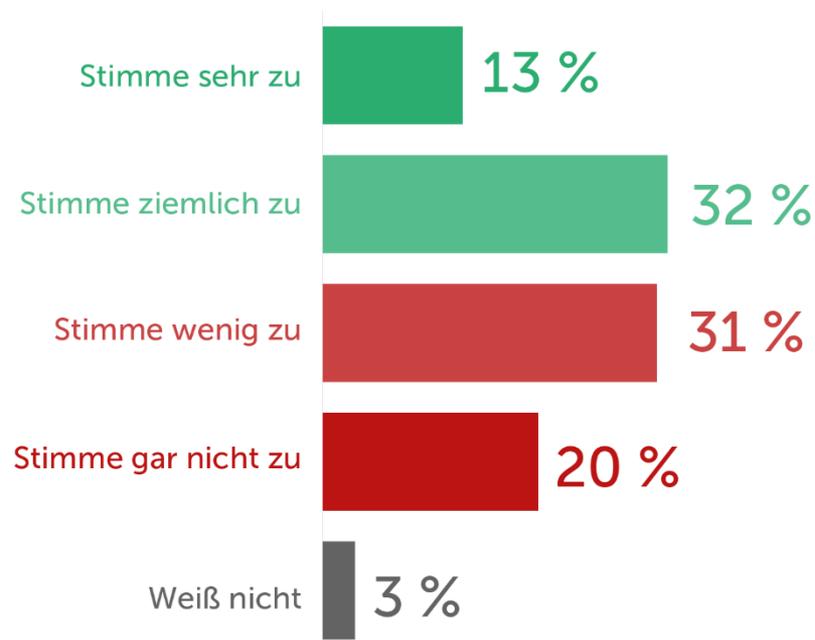
Im vorliegenden Sozialbarometer beantworten die Menschen in Österreich Fragen zur ihren Zukunftsaussichten, zur Leistbarkeit des Wohnens und weiteren sozialpolitischen Fragen.

Dabei lässt sich feststellen, dass viele Menschen das Gefühl haben, von der Regierung bei der Teuerung allein gelassen zu werden. Sie unterstützen eine dauerhafte Absicherung von Menschen mit geringem Einkommen in hohem Maße und zeigen eine große Zustimmung zu Vermögenssteuern.

„Die große Zukunftsangst, die aus dieser Umfrage spricht, ist ein echtes Alarmsignal. Unserer Gesellschaft kommt das Zukunftsversprechen an die jungen Leute abhanden, das ist gefährlich. Hier muss die Regierung sozialpolitisch gegensteuern“, so der Präsident der Volkshilfe Österreich Ewald Sacher.“

ZUKUNFTSANGST

Ich habe Angst, wenn ich an die Zukunft denke.



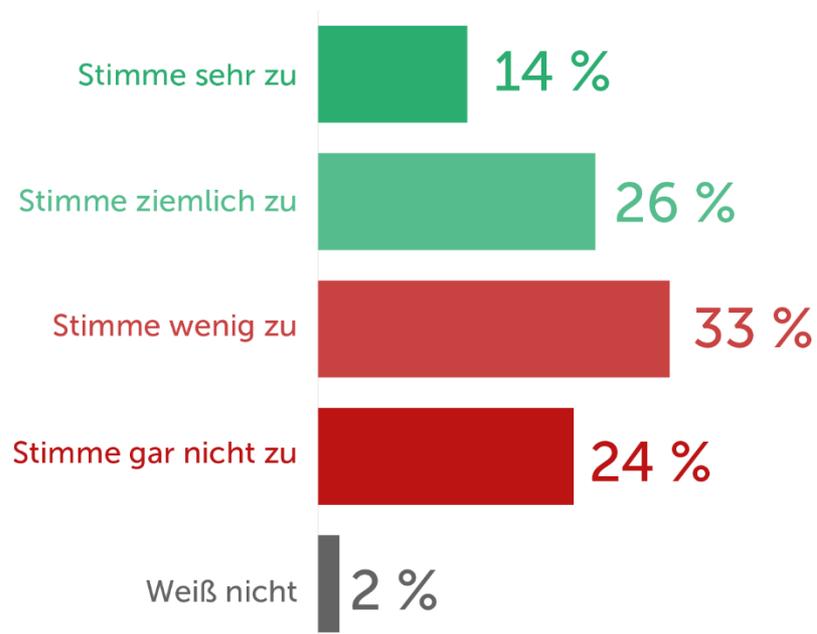
Quelle: SORA/Volkshilfe-Umfrage 09/2023

In der aktuellen Befragung kommt eine weite Verbreitung von Zukunftsangst und Sorge um die Leistbarkeit des Wohnens unter den Menschen in Österreich zum Ausdruck. Beinahe die Hälfte der Befragten (46,5%) gibt an, dass sie Angst in Bezug auf die Zukunft haben. Darüber hinaus äußern 40 Prozent der Befragten die Sorge, sich das Wohnen nicht mehr leisten zu können.

Die Zukunftsangst steigt mit zunehmendem Alter (bis 29 Jahre 34,7%; 30-59 Jahre 42,1%; ab 60 Jahre 58,1%). Sie ist stärker verbreitet unter Frauen (50,9%; Männer 40%), unter jenen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (Pflichtschulabschluss 54,5%; Lehre/BMS 50,6%; Matura/Hochschule 29,4%) und jenen mit geringerem Einkommen (bis €1.500 65,7%; €1.501-€2.500 56,1%; €2.501-€3.500 54%; ab €3.501 42%).

LEISTBARES WOHNEN

Ich mache mir Sorgen, dass ich mir das Wohnen nicht mehr leisten kann.

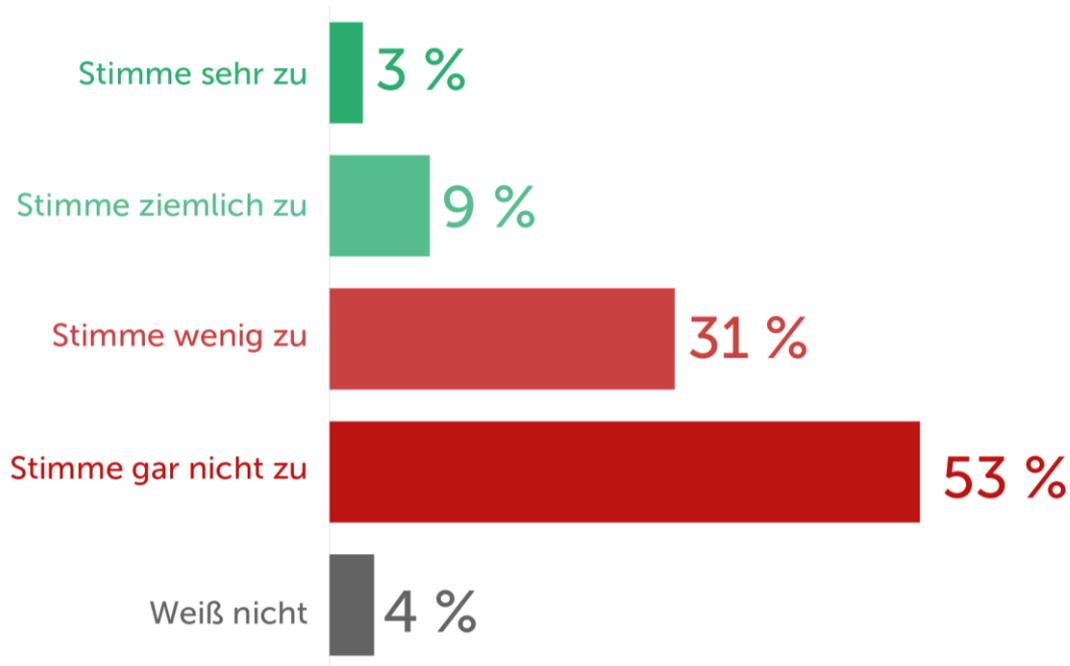


Quelle: SORA/Volkshilfe-Umfrage 09/2023

Die Sorge, sich das Wohnen nicht mehr leisten zu können, äußern ebenfalls verstärkt Frauen (44,3%; Männer 35,6%) sowie Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (Pflichtschulabschluss 43,8%; Lehre/BMS 43,7%; Matura/Hochschule 31,7%) und sie steigt je geringer das Einkommen ist (bis €1.500 68,8%; €1.501-€2.500 50,3%; €2.501-€3.500 47,6%; ab €3.501 34%). In der Einkommensgruppe bis €1.500 haben bereits mehr als zwei Drittel der Befragten Sorgen, sich das Wohnen nicht mehr leisten zu können. Die negativen Folgen der Teuerung spüren sozial benachteiligte Gruppen am stärksten.

MASSNAHMEN DER REGIERUNG GEGEN DIE TEUERUNG

Die Regierung in Österreich tut genug, um die negativen Folgen der Teuerung abzufedern.



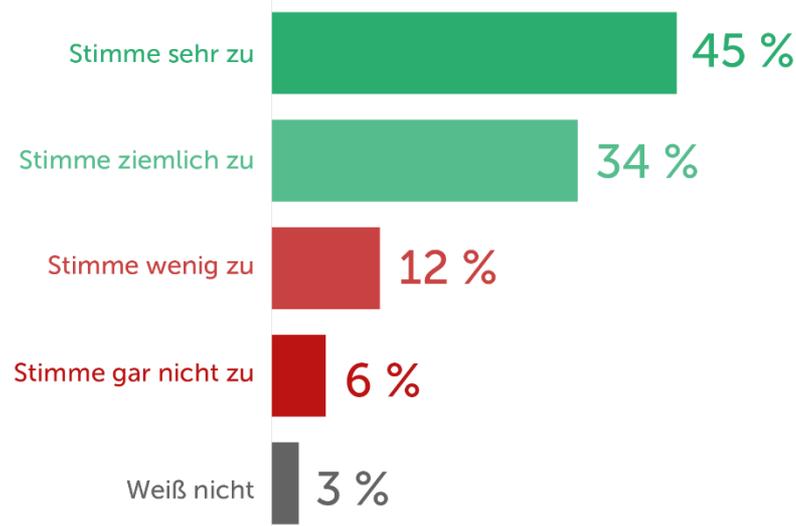
Quelle: SORA/Volkshilfe-Umfrage 09/2023

Im Einklang mit den weit verbreiteten Zukunftsängsten und finanziellen Sorgen stuft nur eine kleine Minderheit (12%) der Befragten die Maßnahmen der aktuellen Regierung zur Abfederung der negativen Folgen der Teuerung als ausreichend ein. Eine große Mehrheit von 84% der Österreicher:innen sieht sie dagegen als unzureichend.

Die stärkste Ablehnung der Regierungspolitik erfolgt von Seiten der Menschen mit geringem Einkommen bis €1.500: Mehr als drei Viertel (75,7%) stimmen gar nicht zu, dass die Regierung in Österreich genug tut, um die negativen Folgen der Teuerung abzufedern, weitere 16,8 Prozent stimmen wenig zu. Insgesamt zeigt sich bei mehr als 9 von 10 Befragten (92,5%) eine ablehnende Haltung.

DAUERHAFTE ABSICHERUNG

Die Regierung hat Menschen mit geringem Einkommen nur mit Einmalzahlungen unterstützt. Eine dauerhafte und langfristige Absicherung dieser Gruppe wäre wichtig.



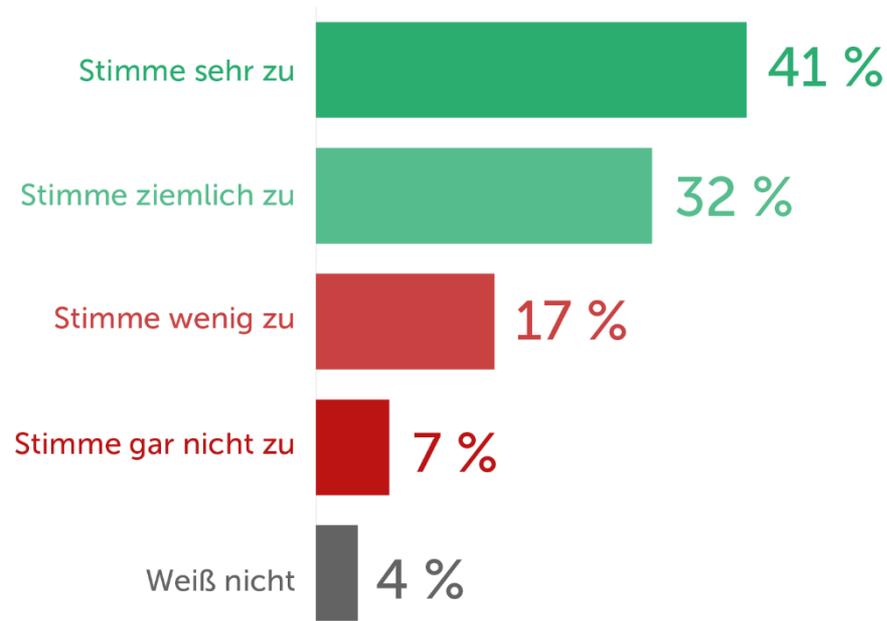
Quelle: SORA/Volkshilfe-Umfrage 09/2023

Mehr als drei Viertel der Befragten (79%) würden anstelle der bisherigen Unterstützung in Form von Einmalzahlungen eine dauerhafte und langfristige Absicherung von Menschen mit geringem Einkommen befürworten.

Diese Einschätzung wird von einer deutlichen Mehrheit unabhängig vom Geschlecht und quer durch alle Altersgruppen geteilt. Am stärksten unterstützen Menschen, die in ländlichen Gebieten sowie in klein- oder mittelgroßen Städten leben (Land 80,6%; Kleinstadt/Mittelstadt 82,2%; Wien 71,3%), jene mit Pflichtschulabschluss (83,9%; Lehre/BMS 82,8%; Matura/Hochschule 69,6) und jene mit einem Einkommen bis €1.500 (87%; €1.501-€2.500 86,1%; €2.501-€3.500 79,9%; ab €3.501 75,8%) eine dauerhafte und langfristige Absicherung von Menschen mit geringem Einkommen.

VERMÖGENSSTEUERN

Die Einführung von Steuern auf große Vermögen ist ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit.



Quelle: SORA/Volkshilfe-Umfrage 09/2023

Bei nahezu drei Viertel der Befragten (73%) zeigt sich eine positive Haltung zur Einführung einer Steuer auf große Vermögen. Sie sehen darin einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit.

Die hohe Zustimmung zeigt sich quer durch alle Altersgruppen. Eine verstärkte Zustimmung äußern Frauen (77,1%; Männer 67,1%), Menschen, die in ländlichen Gebieten sowie in klein- oder mittelgroßen Städten leben (Land 72,7%; Kleinstadt/Mittelstadt 76,6%; Wien 63,6%) sowie Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (Pflichtschulabschluss 74,2%; Lehre/BMS 77%; Matura/Hochschule 62,9%) und sie steigt je geringer das Einkommen ist (bis €1.500 86,1%; €1.501-€2.500 83,3%; €2.501-€3.500 81,6%; ab €3.501 65%). Trotz der Unterschiede stimmt eine deutliche Mehrheit quer durch alle Gruppen zu, dass die Einführung einer Steuer auf große Vermögen einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit darstellen würde.



Fragen und Antwortmöglichkeiten im Wortlaut

- Die Regierung in Österreich tut genug, um die negativen Folgen der Teuerung abzufedern.
- Die Regierung hat Menschen mit geringem Einkommen nur mit Einmalzahlungen unterstützt. Eine dauerhafte und langfristige Absicherung dieser Gruppe wäre wichtig.
- Ich mache mir Sorgen, dass ich mir das Wohnen nicht mehr leisten kann.
- Die Einführung von Steuern auf große Vermögen ist ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit.
- Ich habe Angst, wenn ich an die Zukunft denke.

Stimme sehr zu Stimme ziemlich zu Stimme wenig zu Stimme gar nicht zu Weiß nicht